



ArbeitAargau

ArbeitAargau gegen ruinöse Gewinnsteuersenkungen für Unternehmen

Resolution / verabschiedet an der Delegiertenversammlung am 29. April 2021

Die Fraktionen der CVP, FDP und SVP haben am 26. November 2019 ein Postulat im Grossen Rat eingereicht, welches auf eine Senkung der Gewinnsteuersätze der Unternehmen abzielt. Die Gesamtsteuerbelastung (Steuern für Bund, Kanton und Gemeinde) in der oberen Tarifstufe (Besteuerung der Gewinne von über CHF 250'000.-) soll von heute 18,6 % auf 15,1 % gesenkt werden. Es müsste mit Steuerausfällen für den Kanton von über 130 Millionen gerechnet werden.

ArbeitAargau lehnt diese neuen, ruinösen Pläne einer Gewinnsteuersenkung entschieden ab und fordert den Grossen Rat auf, die nun vorliegende Vorlage des Regierungsrates zu versenken. Steuersenkungen führen zwangsläufig zu einem Abbau des Service Public. Dieser sollte aber ausgebaut und gestärkt werden, denn wie die Bewältigung der Coronakrise deutlich zeigt, gedeiht eine Gesellschaft nur dank öffentlich finanzierter und organisierter Dienstleistungen.

Von der geplanten Gewinnsteuersenkung könnten von ca. 25'000 im Aargau niedergelassenen Unternehmen gerade mal rund 1'300 der gewinnstärksten und erfolgreichsten Unternehmen profitieren. Dies entspricht einem Anteil von 5%. Es ist nicht nachvollziehbar, inwiefern der Wirtschaftsstandort Aargau gestärkt werden soll, indem 5% der Unternehmen mit einer Steuerreduktion beschenkt werden. Zur Stärkung eines Wirtschaftsstandortes tragen verschiedene Faktoren bei: **Innovationsförderung, Arealentwicklung, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Mobilität oder die zwingend notwendige Fachkräfteförderung.** Diese Strategien gilt es zu verfolgen und entsprechende Massnahmen auszuarbeiten, denn davon können alle profitieren – nicht nur die oberen 5%.

Der Kanton Aargau konnte die Rechnung 2019 mit einem Überschuss von rund 230 Millionen schliessen. Anstatt nun auf 130 Millionen Steuereinnahmen pro Jahr zu verzichten und diese den ohnehin bereits reichsten Firmen zu schenken, wäre es viel eher an der Zeit, mit diesem offensichtlich vorhandenen Geld Massnahmen zu initiieren, welche auch den Arbeitnehmer*innen wieder zugutekommen: beispielsweise die Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen, (Mit-)Finanzierung von Tagesstrukturen in den Gemeinden, die Erhöhung des kantonalen Beitrages an die Verbilligung der Krankenkassenprämien, sinnvolle Investitionen in die Fachkräfteförderung und Ausbildung und dringend notwendige Lohnerhöhungen beim Gesundheitspersonal. Dass Letzteres zurzeit von den Bürgerlichen als «nicht opportun» bezeichnet wird, ist schlicht respektlos und zeigt gleichzeitig, dass keinerlei Bereitschaft für einen sozialen Ausgleich vorhanden ist.

ArbeitAargau fordert den Grossen Rat auf, die Gewinnsteuern von Unternehmen zumindest bei den aktuellen Steuersätzen zu belassen und generell eine Erhöhung der Steuern für sehr hohe Einkommen und Vermögen von Privatpersonen in die Wege zu leiten. **Der Kanton Aargau müsste viel mehr tun, um der Präambel unserer Bundesverfassung gerecht zu werden: «gewiss, (...) dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen.»** Die Coronapandemie hat besonders den Geringverdienenden



ArbeitAargau

zugesetzt: Beschäftigte in den Sektoren Gastronomie, Hotellerie, Tourismus, Veranstaltungen, Kultur, Reinigung und Detailhandel, welche Teilzeit, auf Stundenbasis oder auf Abruf arbeiten, rutschen jetzt erst recht in die Armut. Ihr Schutz ist sogar in guten Zeiten unzureichend, für die absoluten Niedrigverdiener*innen und Ausgesteuerten ist ein würdiges Leben so gut wie unmöglich und mit vielen Schikanen verbunden. Auch für sie ist ein Ausbau der Unterstützung dringend angezeigt, wofür das 130 Mio. CHF-Steuer Geschenk bestens eingesetzt werden könnte.